



24. APRIL 1961: ZUM 10. BUNDESPARTEITAG DER CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS VON DR. KONRAD ADENAUER, 1. VORSITZENDER

Sieben Jahre sind es her, seit wir uns in Köln zu unserem 5. Bundesparteitag trafen. Damals konnte die Christlich Demokratische Union auf einen überzeugenden Erfolg bei der Bundestagswahl 1953 zurückblicken. Nunmehr gehen wir von Köln aus in einen neuen entscheidenden Wahlkampf.

Wir alle sind mit Köln und dem Kölner Raum verbunden, weil neben Berlin hier, im Kölner Raum, seinerzeit die entscheidenden Aussprachen über Gründung, Inhalt und Ziel unserer Partei, der Christlich Demokratischen Union, geführt worden sind.

Diese Aussprachen wurden geführt in einem Kreise von Männern und Frauen, die nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 den Mut und die Kraft besaßen, über ihre persönlichen Sorgen hinaus an den Wiederaufbau unseres Vaterlandes auf einer neuen Grundlage zu denken: nach den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit suchten sie aus christlicher Verantwortung heraus nach neuen Wegen für die Zukunft. Viele von ihnen sind heute unter uns, und für sie wird dieser Parteitag lebendig die Erinnerung an jene Tage wachrufen. Die Entwicklung unserer Partei, die erfolgreiche Politik der Bundesregierung haben den Mutigen und Zuversichtlichen von damals Recht gegeben.

Dreimal - 1949, 1953 und 1957 - hat das deutsche Volk mit ständig wachsender Mehrheit Vertrauen in die Politik der Christlich Demokratischen Union bekundet. Niemand kann einen Zweifel daran haben, dass es in den vor uns liegenden Bundestagswahlen um alles das geht, was die Bundesrepublik unter Führung der CDU/CSU in harter Arbeit und in zähem Ringen auf zahllosen internationalen Konferenzen erreicht hat.

Die Stellung der Bundesrepublik unter den freien Völkern ist und bleibt das Fundament unserer ganzen Entwicklung. Wir haben uns das Vertrauen der freien Welt erworben durch die Entschlossenheit, mit der wir uns von Anfang an bereiterklärt haben, uns an den freien Westen anzuschließen, wir haben das Vertrauen erworben durch unsere Entschlossenheit, dem Bündnis der freien Welt, der nordatlantischen Gemeinschaft, beizutreten mit allen Rechten, aber auch mit allen Pflichten, die der Partner eines Bündnisses auf sich nehmen muss. Die ganzen Jahre hindurch haben wir diesen stetigen und klaren Kurs verfolgt, deswegen hat die freie Welt wieder Vertrauen zu uns gewonnen. Wir haben diesen stetigen Kurs verfolgt gegen schärfsten Widerstand der

sozialdemokratischen Opposition. Auf dem Parteitag der SPD in Hannover, also zehn Monate vor der nächsten Bundestagswahl, hat die sozialdemokratische Leitung plötzlich erklärt, sie wolle nunmehr in der Außenpolitik ihren Standpunkt wechseln. Aber ihre Erklärungen zu der Übernahme der Pflichten als Bündnispartner sind widerspruchsvoll und unklar.

Die Bundesrepublik braucht auch in der Zukunft eine Regierung, deren außenpolitische Haltung die vergangenen Jahre hindurch eindeutig klar und fest war, damit ihr das Vertrauen der freien Welt erhalten bleibt. Es geht darum, auch durch die Wahlen 1961 die Überzeugung in der freien Welt zu stärken, dass die Bundesrepublik ein treuer, zuverlässiger Bündnispartner ist und bleibt.

Unsere Ziele für die Zukunft bleiben die bisherigen. Wir wollen Frieden und Freiheit. Wir wollen die politische und wirtschaftliche Freiheit Deutschlands im Verband der freien Völker. Wir wollen auch für das deutsche Volk das Recht der Selbstbestimmung. Wir sind überzeugt, dass auf diesem friedlichen Wege unser Vaterland wiedervereinigt wird. Wir wollen Unterstützung aller Schritte, die zur Einigung Europas führen. Wir wollen ein soziales Land sein, wir wollen den sozialen Frieden und soziale Fortschritte auf breiter Linie. Diese Ziele sind nur zu erreichen, wenn der christliche Geist in allen Lebensbereichen Geltung hat. Diese Geltung wollen wir ihm verschaffen.

Quelle: Deutschland-Union-Dienst. Jg. 15, Nr. 78 vom 24.04.1961, S. 1f.